

REDUZIERUNG VON BAUVORSCHRIFTEN

BESCHLUSS DES 16. BUNDESMITTELSTANDSTAGS AM 8./9. SEPTEMBER 20

Die MIT fordert die Reduzierung von Bauvorschriften und Verordnungen um dadurch die Wohnbaukosten zu senken und somit preisgünstigeren Wohnraum zu schaffen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben die Vorschriften und Verordnungen im Baubereich dramatisch zugenommen. Bund, Länder und Kommunen haben den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren durch Gesetze, Verordnungen, Auflagen, Steuern und Materialanforderungen enorm verteuert.

Beispiele hierfür sind, die Verschärfung der Energieeinsparverordnung, zunehmend verschärfte Auflagen für Brandschutz, Schallschutz, Barrierefreiheit, Dachbegrünung etc. Hinzu kommen scharfe Regelungen für Ausgleichsflächen welche die Erschließung von Bauland verteuern. Weiter hinzu kommen Vorschriften aus der jeweiligen Landesbauordnung.

Zudem schafft auf kommunaler Ebene eine übermäßige Zahl von Festsetzungen in Bebauungsplänen zusätzlichen Planungs- und Verwaltungsaufwand und verhindert kostengünstige Bauformen und wirtschaftliche Bebauungskonzepte.

Diese zunehmend verschärfte Regulierung hat den Wohnungsbau in den letzten Jahren massiv verteuert. Es ist daher dringend erforderlich, diese Kostentreiber beim Wohnungsbau zu reduzieren.

Nur durch einen preiswerteren Wohnungsbau auf der Basis reduzierter Vorschriften und Verordnungen lässt sich der derzeit geforderte ‚bezahlbare‘ Wohnraum realisieren.